
Marion Schardt-Sauer

HAUS DES JUGENDRECHTS – LANDESREGIERUNG LÄSST LIMBURG WARTEN

17.01.2026

MARION SCHARDT-SAUER (FDP) FRAGT NACH DEM SACHSTAND

„Die Landesregierung kündigt viel an, liefert aber nichts – nicht einmal Antworten auf parlamentarische Anfragen“, kritisiert die heimische FDP-Landtagsabgeordnete und justizpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag Marion Schardt-Sauer.

Hintergrund ist eine Kleine Anfrage der Abgeordneten im Hessischen Landtag zur geplanten Errichtung eines Hauses des Jugendrechts in Limburg sowie zur möglichen Nachnutzung des freiwerdenden Finanzamtsgebäudes in der Walderdorffstraße. Schardt-Sauer hatte diese Anfrage am 6. November 2025 an die Landesregierung gerichtet. Trotz der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Bearbeitungsfrist von sechs Wochen liegt bis heute keine Antwort vor.

„Das Schweigen der schwarz-roten Landesregierung ist bezeichnend. Während der damalige Justizminister und heutige Innenminister Roman Poseck im Jahr 2023 öffentlich neue Häuser des Jugendrechts – auch für Limburg – als Erfolgsmodelle angekündigt hat, ist seither keinerlei konkretes Handeln erkennbar. Noch nicht einmal eine rechtzeitige Antwort auf eine parlamentarische Anfrage bekommt man“, kritisiert die Liberale.

Der Handlungsbedarf sei dabei offenkundig. Limburg entwickle sich zunehmend zu einem Ort, an dem sich Bürgerinnen und Bürger insbesondere in den Abend- und Nachtstunden in bestimmten Bereichen unsicher fühlten. Dies bestätigten ihr viele Bürgerinnen und Bürger immer wieder im Gespräch. „Dieses Unsicherheitsgefühl ist nicht unbegründet und muss endlich ernst genommen werden. Wenn Menschen Wege meiden,

abends nicht mehr in die Innenstadt gehen oder Aktivitäten unterlassen, ist das ein nicht hinnehmbarer Verlust an Freiheit. Freiheitseinschränkungen durch Angst dürfen wir nicht akzeptieren“, so die FDP-Abgeordnete. Der Staat sei gefordert, entschlossen gegenzusteuern und diesem Freiheitsverlust wirksam entgegenzutreten.

Ein wichtiger Baustein hierfür sei ein Haus des Jugendrechts, das von der Landesregierung vor rund zweieinhalb Jahren vollmundig angekündigt worden sei. In diesen Einrichtungen arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe unter einem Dach zusammen. Durch kurze Wege, enge Abstimmung und schnellen Informationsaustausch sollen Verfahren beschleunigt und strafbares Verhalten von Jugendlichen zeitnah und spürbar sanktioniert werden. Ziel sei es, junge kriminelle Karrieren zu stoppen, bevor sie überhaupt richtig beginnen.

Mit dem Umzug des Finanzamts Limburg-Weilburg in das neue „Gemini Plaza“ werde zudem ein Gebäude frei, das sich in unmittelbarer Nähe von Amtsgericht, Staatsanwaltschaft und Kreisverwaltung befinde und sich damit hervorragend für ein Haus des Jugendrechts eigne. „Gerade diese kurzen Wege machen den Erfolg dieses Konzepts aus. Umso unverständlicher ist es, dass die Landesregierung hier nicht einmal prüfend tätig wird – oder zumindest transparent darüber berichtet“, betont Schardt-Sauer.

„Wer Jugendkriminalität wirksam bekämpfen will, muss handeln und darf sich nicht hinter Ankündigungen verstecken. Diese Landesregierung arbeitet entweder extrem langsam – oder gar nicht“, so Schardt-Sauer. „Beides ist für Hessen kein gutes Zeugnis.“

Limburg könnte dabei die neunte Einrichtung ihrer Art, in Hessen werden. Bereits heute gibt es Häuser des Jugendrechts in Frankfurt, Offenbach, Wiesbaden, Kassel und Hanau - das erste Haus des Jugendrechts. „Wer es ernst meint mit innerer Sicherheit und dem Schutz unserer Freiheit, darf Limburg nicht länger vertrösten. Ankündigungen reichen nicht – Limburg braucht endlich Taten“, fordert Schardt-Sauer abschließend.

[Kleine Anfrage - Nachnutzung des Finanzamtsgebäudes in Limburg für ein Haus des Jugendrechts](#)